

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 85846 ppbn d

Inhalt

Katrin Fuchs MdB verurteilt Überlegungen der US-Administration, Waffen zu entwickeln, die sowohl atomar wie konventionell bestückt werden können: Ein Atomkrieg würde wahrscheinlicher.

Seite 1

Karl Weinhofer MdB weist auf die deutlich gestiegene Belastung der Durchschnittsverdiener durch Steuern und Sozialabgaben hin: Kohl und Blüm lassen 12,5 Tage länger arbeiten!

Seite 3

Horst Sielaff MdB setzt sich mit Äußerungen von Ottfried Hennig und Wolfgang Schäuble zur Ost- und Deutschlandpolitik auseinander: Die Bundesregierung und der Frieden.

Seite 4

41. Jahrgang / 113

19. Juni 1986

Ein Atomkrieg würde wahrscheinlicher

Zu Überlegungen der US-Administration, Waffen zu entwickeln, die sowohl atomar wie konventionell bestückt werden können

Von Katrin Fuchs MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Nach einem Bericht der „International Herald Tribune“ (IHT) vom 16. Juni erwägt die Reagan-Regierung, Waffen zu entwickeln, die durch das Einsetzen eines auswechselbaren Sprengkopfes rasch von konventionellen zu Atomwaffen umgerüstet werden können und umgekehrt. Nach dem Bericht der Zeitung sagte Paul S. Brown, Verantwortlicher für Rüstungskontrolle in den Lawrence Livermore National Laboratories (LLNL), daß solche einsetzbaren Sprengköpfe wieder Gegenstand der Forschung in den LLNL seien und daß ihre wahrscheinlichste Anwendung bei „taktischen“ Waffen wie Torpedos und landgestützten Kurzstreckenraketen bestünde.

Das Blatt zitiert ebenfalls US-Staatssekretär Perle, der in Bezug auf die LANCE-Rakete äußerte, einsetzbare Sprengköpfe seien ein vielversprechender Weg, um die Zahl der atomaren Sprengköpfe zu ökonomisieren, sowie Richard L. Wagner, bis vor kurzem im Pentagon leitend zuständig für Atomwaffen, der in auswechselbaren Sprengköpfen eine „militärisch attraktive Option“ sah.

Derartige Pläne waren in den USA schon früher erwogen, aber auf Grund von Rüstungskontrollbedenken und der Sorge um die Senkung der atomaren Schwelle wieder aufgegeben worden.

Das entscheidende Bedenken ist, daß bei einer bivalenten Waffe - also einer Waffe, die sowohl einen atomaren wie einen konventionellen Sprengkopf tragen kann - der Gegner nie wissen kann, welchen Sprengkopf die Waffe wirklich trägt. Er muß daher das Schlimmste annehmen und auf den Anflug auch einer in Wirklichkeit konventionell bestückten Rakete so reagieren, als ob dies eine Atomwaffe wäre.

Bivalente Waffen machen den Atomkrieg daher wahrscheinlicher. Dazu kommt, daß die dann gegebene Nichtunterscheidbarkeit konventioneller und atomarer Waffen Rüstungskontrolle und deren Verifizierbarkeit so gut wie unmöglich machen würde.

Von daher hat die SPD bivalente Träger immer abgelehnt und statt dessen gefordert, daß solange es Atomwaffen gibt, diese von konventionellen Waffen deutlich unterscheidbar bleiben müssen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Reinigungsdruck
mit wertvollen Informationen
hochwertiges Papier



Sollte der Bericht von „International Herald Tribune“ zutreffen, so ergeben sich daraus folgende Konsequenzen:

1. Erstmals würden bivalente Waffen von einer US-Regierung **b e w u ß t** herbeigeführt. Was früher als nicht oder nicht genügend deutlich vermeidbar gefürchtet wurde, die mangelnde Unterscheidbarkeit konventioneller und Atomwaffen, wäre jetzt gerade das Ziel der Entwicklung. Dies würde eine völlig veränderte Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber ihren Vorgängerinnen bedeuten.
2. Ebenfalls gegeben wäre eine völlig gewandelte Haltung zur Rüstungskontrolle. Frühere US-Administrationen haben bivalente Waffen auch deswegen abgelehnt, weil sie nachprüfbar Rüstungskontrolle fast unmöglich machen. Nach dem „IHT“-Bericht hingegen äußerte US-Staatssekretär Perle, daß „einsetzbare“ Sprengköpfe Rüstungskontrolle schon deswegen nicht unterminieren würden, weil sie am nützlichsten in kleinen Waffen anzuwenden seien, die ohnehin nicht Gegenstand von Rüstungskontrollvereinbarungen wären. Diese Haltung widerspricht fundamentalen europäischen Abrüstungsinteressen. Die Einbeziehung „taktischer“ Atomwaffen in Abrüstungsverhandlungen, die die SPD seit langer Zeit fordert, wäre damit gerade ausgeschlossen.
3. Hauptsächlich betroffen von bivalenten Waffen wäre Europa. Hier und nirgendwo anders würde das Gros dieser Waffen stationiert. Dies würde die militärische Situation in gefährlichster Weise weiter verschärfen und alle Denkansätze, sie durch Abrüstung im konventionell- „taktisch“ atomaren Bereich zu entschärfen, durchkreuzen.
4. Betroffen ist in doppelter Hinsicht auch die Bundesrepublik. Die LANCE-Rakete und andere für bivalente Verwendung in Frage kommenden Waffensysteme sind überwiegend in der Bundesrepublik stationiert. Sie sind im Besitz von US-Truppen, aber auch im Besitz der Bundeswehr. Damit muß die Bundesregierung Stellung beziehen:
 - Will die Bundesregierung die Stationierung bivalenter Waffen - von wem auch immer - auf dem Boden der Bundesrepublik zulassen?
 - Was ist mit jenen Systemen - etwa der LANCE -, die sich auch im Besitz der Bundeswehr befinden?
5. Voll bivalente Waffen bedeuten nach militärischer Logik eine Tendenz zur Herabverlagerung der nuklearen Einsatzentscheidung vom amerikanischen Präsidenten zum lokalen Truppenkommandeur. Die „Flexibilität“, die die bivalenten Waffen bringen soll, ist anders nicht zu erreichen.
6. Voll bivalente Waffen stehen für jene Tendenz, Atomwaffen „flexibel“ als „ganz normale“ Waffen anzusehen und gegebenenfalls auch einzusetzen, die die AirLand Battle-Doktrin und das darauf fußende amerikanische Feldhandbuch FM 100 - 5 prägen: „Indem sie das Schlachtfeld ausdehnen und konventionelle, nukleare, chemische und elektronische Mittel integrieren, können die Streitkräfte die gegnerischen Schwächen überall nutzen.“ (FM 100-5, Kap. 1). Für diese Doktrin sind bivalente Systeme die Idealwaffen.

Zusammen mit dem geplanten Bau binärer C-Waffen, der laufenden Einführung der Neutronenwaffe und dem Beginn von Arbeiten zur Entwicklung einer Euro-Raketenabwehr müssen die Arbeiten an bivalenten Waffen als Versuch zur Instrumentierung der AirLand Battle-Doktrin begriffen werden. Die Bundesrepublik und die Bundeswehr sind davon voll betroffen.

Ich fordere die Bundesregierung daher auf, zu den amerikanischen Erwägungen bezüglich voll bivalenter Waffen Stellung zu beziehen und insbesondere klarzustellen, daß eine Verwendung solcher Waffen in der Bundeswehr und auf dem Boden der Bundesrepublik ausgeschlossen wird.

Worauf es jetzt ankommt, sind verstärkte Abrüstungsbemühungen. Die SPD bemüht sich, zusammen mit der SED einen Vorschlag zur Realisierung des Palme-Plans zur Schaffung eines zweimal 150 km breiten atomwaffenfreien Streifens zu erarbeiten. Die amerikanischen Pläne zeigen, wie wichtig dieses Vorhaben ist.

Die Staaten des Warschauer Vertrages haben Vorschläge unterbreitet, konventionelle Streitkräfte unter Einbeziehung ihrer Bewaffnung und unter Einschluß der „taktischen“ Atomwaffen zu reduzieren. Diese Vorschläge müssen ernst genommen und positiv beantwortet werden.

Grundsätzlich gilt, was durch den Bericht von „International Herald Tribune“ nur noch dringlicher vor Augen geführt wurde: Die sogenannten „taktischen“ Atomwaffen müssen schleunigst aus der Bundesrepublik verschwinden. Ihr Einsatz wäre allemal unser Untergang.

(-/19.6.1986/vo/rs)

* * *



Kohl und Blüm lassen 12,5 Tage länger arbeiten!

Die Belastung der Durchschnittsverdiener mit Steuern und Sozialabgaben hat sich seit 1982 deutlich erhöht

Von Karl Weinhofer MdB
Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Für viele Arbeitnehmer gibt es einen „Feiertag“, den sie gar nicht kennen: den 4. Juni. Das nämlich ist der Tag, an dem sie zum ersten Mal im Jahr ihr Geld für sich selbst verdienen. Auf das Jahr umgerechnet dauert es bis zum 3. Juni, bis ein Durchschnittsverdiener mit einem Jahreseinkommen von 37.000 DM seine Lohnsteuer, die Sozialabgaben und sonstige indirekte Steuern (Umsatz, Verbrauchsteuer, Zölle) abgetragen hat.

Die Bundesregierung preist sich selbst unablässig für ihre sogenannte Steuerentlastung. Dies ist nichts als Sand in die Augen der Arbeitnehmer gestreut. Denn dabei wird die Tatsache unterschlagen, daß die Wenderegierung die Belastung des Durchschnittsverdieners mit Steuern und Sozialabgaben von 37,8 Prozent (1982) auf 42,2 Prozent (1986) erhöht hat. Anders ausgedrückt: Kohl und Blüm sind dafür verantwortlich, daß die Arbeitnehmer 12,5 Tage länger ausschließlich für öffentliche Kassen arbeiten müssen.

Dies ist das Ergebnis des Wirkens von Politikern, die in der Zeit der sozialliberalen Koalition nicht müde wurden, über „zu viel Staat“ zu zetern. Und wer glaubt, die sogenannte zweite Stufe der Steuerreform werde die eigentliche Entlastung bringen, wird sich getäuscht sehen. Die Quote der Belastung wird bis zum Jahre 1989 noch auf 44 Prozent ansteigen.

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung liegt darin, daß die Bundesregierung ihren Sozialhaushalt auf Kosten der Beitragszahler in den einzelnen Sozialversicherungsbereichen saniert hat. So wurden 1986 in der Sozialversicherung die Sach- und Geldleistungen zu 95 Prozent durch die Beiträge gedeckt. Eine solch hohe Quote gab es letztmalig Anfang der siebziger Jahre, also zu einer Zeit, als insbesondere das Ausmaß der heutigen Arbeitslosigkeit noch als unvorstellbar galt.

Diese nahe bei 100 Prozent liegende Deckungsquote, die vordergründig Stabilität und Solidität suggeriert, spiegelt in Wahrheit zweierlei wider. Einmal ist sie Ausdruck dessen, daß sich der Staat aus der Finanzierung der Sozialversicherungen auf Kosten der Beitragszahler zurückgezogen hat. Zum anderen spiegelt sich darin der Leistungsabbau wider, der ebenfalls zu Lasten der Versicherten ging.

Lassen wir die Zahlen sprechen. Anspruchsverschärfungen, Anpassungsverschiebungen und die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags führten dazu, daß die Ausgaben der Rentenversicherung je Rentenfall Jahr für Jahr gedrosselt wurden. Der Anstieg fiel von 5,76 Prozent (1. Januar 1982) auf 4,6 Prozent (1. Juli 1983) und schließlich auf 1,3 Prozent (1. Juli 1984) beziehungsweise 1,4 Prozent (1. Juli 1985).

Leistungseinschränkungen und Beitragssatzanhebungen machten es möglich, daß der Bund den Zuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit von 7,0 Milliarden DM (1982) auf 1,6 Milliarden DM (1985) kürzte. Leidtragende sind insbesondere die Langzeitarbeitslosen, die zur Sozialhilfe abgeschoben wurden.

Obwohl die Zahl der Arbeitslosen rapide zunahm (jahresdurchschnittliche Zunahme von 500.000 zwischen 1982 und 1985) gelang es den Sozialdemokraten in der Bundesregierung, die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit von 27,7 Milliarden DM (1982) auf 22,5 Milliarden (1985) zurückzufahren. Es ist ein sozialpolitischer Skandal, daß auf dem Rücken der ausgegrenzten Arbeitslosen seit 1984 sogar Überschüsse bei der BfA erwirtschaftet werden. Diese belaufen sich für 1984 auf 3,2 Milliarden DM und für 1985 auf 2,3 Milliarden DM.

Die neuen „sozialpolitischen Informationen“ des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung bezeichnen 1986 als das Jahr der Arbeitnehmer. Man sollte hinzufügen: das Jahr, in dem die Arbeitnehmer am längsten für öffentliche Kassen arbeiten mußten. Es ist fast überflüssig zu erwähnen, daß man in solchen „Leistungsbilanzen“ Angaben über die Höhe der Arbeitslosigkeit vergeblich sucht.

(-/19.6.1986/va/rs)



Die Bundesregierung und der Frieden

Zu Äußerungen von Ottfried Hennig und Wolfgang Schäuble

Von Horst Sielaff MdB

Für Sozialdemokraten/innen und die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat der Frieden in Europa Priorität vor anderen Werten. Denn ohne Frieden - das heißt im Krieg - kann Europa nicht überleben angesichts des vorhandenen atomaren Waffenpotentials. Nur im Frieden ist die Verwirklichung der Menschenrechte, die Selbstbestimmung und die soziale Sicherheit möglich, wichtige Voraussetzungen für die Freiheit von Menschen und Völkern.

Ganz andere Akzente setzen die jetzigen Regierungsvertreter in Bonn. So hielt Staatssekretär Ottfried Hennig kürzlich zwei Reden: einmal in London vor der British-German Conference, zum anderen auf einer Expertentagung der Münchner CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung. In London kam der Begriff „Freiheit“ (mit Ableitungen) vierzehn Mal vor, der Begriff „Selbstbestimmung“ sechs Mal, der Begriff „Menschenrechte“ fünf Mal, „Grundfreiheiten“ sieben Mal, „(deutsche) Einheit“ sechs Mal, „Grundfreiheiten“ fünf Mal. In München war die Verteilung anders: „Freiheit“ kam „nur“ neun Mal, „Selbstbestimmung“ (hier mit dem Zusatz: aller Deutschen) aber zwölf Mal, „Menschenrechte“ bloß einmal, „Grundfreiheiten“ ebenfalls einmal, „Frieden“ nur zwei Mal, dafür aber „Einheit“ (hier wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß es sich nicht nur um die „Einheit der Nation“, sondern auch um die „staatliche Einheit“, also um die Wiederherstellung des Einheitsstaates, handelt) dreizehn Mal. Nur zufällige Semantik oder gar hintergründig unterschiedliche Setzung von Schwerpunkten, je nachdem, wo man spricht: zum ausländischen und inländischen Gebrauch?

Bundesminister Wolfgang Schäuble sprach vor einem gemischten Publikum im Club La Redoute - seine Begriffswahl entsprach eher dem „Auslandsgebrauch“: „Freiheit (mit Ableitungen)“ fünfzehn Mal, „Selbstbestimmung“ fünf Mal, „Menschenrechte“ acht Mal, „Frieden“ (gelegentlich auch als „friedliches Nebeneinander“ apostrophiert) zehn Mal, „Einheit“ (teilweise als „Einigung“ abgeschwächt) neun Mal, „Grundrechte“ drei Mal. Offensichtlich kann man also diese Akzente einmal so, aber auch anders setzen.

Immerhin ließ Hennig auch in London in seinem Vortrag „The German Question in International Perspectives“ keinen Zweifel daran: „Ziel der Bundesregierung bleibt die staatliche Einheit“ - nicht etwa der westdeutschen Ländern, sondern mit Blick auf die DDR. In diesem Zusammenhang fiel auch das Wort „offensiv“: es gibt „keine DDR-Nation“, kein „Volk der DDR“. Dabei wurde das Wort „Selbstbestimmung“ ebenso strapaziert wie die „große Chance zum Bündnis mit den westlichen Demokratien“. „Selbstbestimmung“ natürlich primär für die Deutschen - im Interesse von „Freiheit, Menschenrechten“ und „Grundfreiheiten“ - reklamiert: Wer dachte noch an Adolf Hitler, welcher die „Selbstbestimmung für alle Deutschen“ gegen das Selbstbestimmungsrecht von Deutschlands Nachbarn realisierte, „Freiheit“ gewiß nicht im heute üblichen Sinn heuchelte, sondern glasklar von „deutscher Vormacht in Europa“ in diesem Zusammenhang sprach?

Als „Gebot des menschlichen Anstandes“ und der „nationalen Solidarität“ folgt dann der Satz: „Die völkerrechtliche Lage Deutschlands nach der Niederlage brauche ich auf britischem Boden nicht eigens darzustellen: es genügt, wenn ich sage die deutsche Frage ist rechtlich offen.“ Ob sich bei der Wiederholung der irritierenden Formel von der „Offenheit der deutschen Frage“ auch britischer Widerspruch



anmeldete, wird nicht verraten. Nach Strapazierung des „Wiedervereinigungsgebots“ in der Präambel des GG folgt der Satz: „Der deutsche Traum ist ein wiedervereinigtes Vaterland“, aber es ist nicht nur ein „Traum“: „...aus dem Traum eine Vision, dann eine konkrete Utopie, ein Ziel und schließlich... die schrittweise herbeizuführende Wirklichkeit“. Für die Nachbarn der Bundesrepublik ganz gewiß sehr beruhigend... Wenn es dann heißt: „Die Freiheit ist der Kern der deutschen Frage“ hat dies natürlich eine deutliche Spitze gegen den Osten: denn gerade seit der Bonner Wende ist doch ein ständiger Abbau von Freiheitsräumen in der Bundesrepublik Deutschland sichtbar geworden. Mißbrauch des Freiheitsbegriffes also mit imperialistischen Hintergedanken?

Ebenso geht es wohl, wenn die „Wertegemeinschaft“ der Bundesrepublik mit dem Westen strapaziert wird: an das christliche Abendland mochte noch Adenauer gedacht haben, heute geht es wohl eher um die Unterordnung unter die Ziele des globalen Kapitalismus mit dem Zentrum USA. Die Nachkriegslage wird als „Konsequenz des Vordringens der Sowjetunion nach Mitteleuropa“ beziehungsweise ihres Sieges im Zweiten Weltkrieg dargestellt, welche sie zum „mitteleuropäischen Hauptkriegsgewinnler“ machte. Kein Wort über den vorangegangenen Imperialismus eines Hitler, des von ihm provozierten Zweiten Weltkrieges, ja von seinem Überfall auf die Sowjetunion. Ein typisches Beispiel, wie man in der Union „Geschichte“ versteht.

Bestritten wird immer wieder, daß am status quo rüttelt, wer die Offenheit der deutschen Frage beschwört; wie in „freier Selbstbestimmung“ (natürlich nur für die Deutschen) die Einheit Deutschlands zu vollenden ist, wird noch nicht einmal angedeutet. Dafür aber die „Prinzipientreue in den Rechtspositionen“ wie folgt dargelegt: „Die Offenheit der deutschen Frage... bedeutet... die Endgültigkeit (des status quo)... zumindest in Frage zu stellen, wann nicht zu bestreiten...“. Und dann ist wieder von der „staatlichen Wiedervereinigung“ und der „staatlichen Einheit“ die Rede mit der Folgerung: „Wer die Forderung erhebt, die Wiedervereinigung als politisches Ziel aufzugeben... bestreitet den Deutschen ihr Recht auf freie Selbstbestimmung...“. Und wieder wird kein Gedanke darauf verwendet, ob so verstandene deutsche Selbstbestimmung nicht mit dem Selbstbestimmungsrecht anderer kollidiert.

Soweit zu Hennigs Rede in London. In seinen Münchner Auslassungen zu den „Grundproblemen und Entwicklungsmöglichkeiten innerdeutscher Politik“ wird er noch deutlicher. Nicht nur, daß da wiederum die These von den „deutschen Ostgebieten, seit 1945 unter polnischer beziehungsweise sowjetischer Verwaltung“, kolportiert wird. Der „politische Grund der deutschen Spaltung“ wird ausschließlich im expansiven Verhalten der UdSSR gesehen: von der vorausgegangenen Expansion des Dritten Reiches und Hitlers Überfall auf die Sowjetunion wiederum kein einziges Wort. Und dann wieder wörtlich: „Die Ostverträge binden nur die Bundesrepublik Deutschland. Eine friedensvertragliche Regelung für Gesamtdeutschland nehmen sie nicht vorweg... Die deutsche Frage ist durch diese Verträge keineswegs erledigt... Es geht um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen!“ Bundesminister Schäuble räumt in seinem oben genannten Referat doch noch ein: „Hauptziele sind die deutsche Einheit und menschliche Erleichterungen.“ Immerhin. Dann aber strapaziert er die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ bei uns, die freilich seit der Wende - wie schon erwähnt - immer mehr eingeschränkt ist und noch weiter eingeschränkt werden soll, ebenso wie er die Leerformel von einem „europäischen Dach für die deutsche Einheit“ erneut wiederholt, was es realpolitisch nicht gibt und nur zum Sammelsurium Bonner Fiktionen gehört.

Wie angesichts der hier zusammengestellten Forderungen, wo es immer wieder um die „nationale und staatliche Einheit“ Deutschlands geht, die gegenwärtige Deutschlandpolitik Bonns „keinen Nachbarn besorgen muß“ (Schäuble), bleibt ein Rätsel. Auch ist fraglich, wie ihm „das neue Schlagwort von der Sicherheitspartnerschaft nur im westlichen Bündnis erreichbar“ erscheint. Natürlich: „Überrüstet ist ja nur die Sowjetunion“, die eine „ständige Bedrohung unserer Sicherheit“ darstellt - von der sich immer schneller drehenden Rüstungsschraube der USA wieder kein Wort. Man könnte noch endlos weiterzitiern, aber mit folgendem Satz Schäubles sollte dieser makabre Wort-Reigen doch seinen Abschluß finden: „Ohne ein einiges Deutschland gibt es kein Europa!“

Man sollte die gegenwärtige verdeckte Phraseologie der Regierung nicht überbewerten, jedoch ihre Hintergedanken bloßlegen, die sie kaschieren soll. Denn der Geist der Ewiggestrigen und der Kalten Krieger ist keineswegs ausgestorben, wie viele Reden zum 17. Juni wieder zeigen. Offenbar ist die Regierung auch davon überzeugt, daß ihre als „Rechtspositionen“ ausgegebenen Illusionen und Fiktionen womöglich ebenso geglaubt werden, wenn man sie nur oft genug wiederholt. Denn „die Freiheit im Einzelinteresse und Privatgebrauch, ohne Rücksicht ihrer Wirkung aufs Gemeinwohl, ist Mißbrauch und Unsittlichkeit - ein Verbrechen!“ - sagte ein Teilnehmer im Freiheitskampf auf dem Hambacher Fest, Johann Philipp Becker. Freiheit ist mit den Grundwerten Gerechtigkeit und Solidarität eng verknüpft und ohne sie nicht möglich.

„Freiheit und Demokratie sind nur denkbar, wenn eine ständig steigende Zahl von Menschen in die Lage versetzt wird, ein sinnvolles Leben zu führen, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden und mitzuentcheiden“ - so die Grundwerte-Kommission der SPD in ihrer Arbeit zum Godesberger Programm. „Nur wo jeder durch materielle Unabhängigkeit soviel Freiheit, wie der andere ausüben kann, herrscht tatsächliche Gleichberechtigung und Allgerechtigkeit“; so der vor hundert Jahren verstorbene „Hambacher“ Becker.

Der Aufstand der Arbeiter in der DDR am 17. Juni hatte mit dieser Aussage viel zu tun.

(-/19.6.1986/vo/rs)

Berichtigung:

Durch einen technischen Fehler wurde der Appell der Mainzer Konferenz „Für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa“ im SPD-Pressedienst vom 18. Juni nicht vollständig wiedergegeben. Wir veröffentlichen nachstehend den gesamten dritten Absatz des Appells und bitten unsere Leser um Entschuldigung:

Die Produktion neuartiger binärer chemischer Waffen ist eine rüstungspolitische Maßnahme von außerordentlicher Tragweite. Sie kann unter anderem zum Bruchigwerden der B-Waffen-Konvention von 1972 beitragen. Wenn neue C-Waffen erst einmal in der Bundesrepublik stationiert sind, wird es kaum mehr die Möglichkeit der Überprüfung geben, weil die beiden Komponenten dieses Giftgases für sich produziert und für sich gelagert kein Giftgas sind. Sie werden erst in der Granate, in der Bombe oder in der Rakete zu dem tödlichen Nervengas, von dem ein halbes Milligramm genügt, um einen Menschen qualvoll umzubringen.

* * *